

Zwischen Revolution und Religion: Die Parlamentswahlen von 2011/2012 und das entstehende Parteiensystem in Ägypten

Kevin Köhler¹

Department of Political and Social Sciences
European University Institute
Florence
kevin.koehler@eui.eu

Die ersten freien Wahlen zur ägyptischen Volksversammlung (*Majlis al-Sha'ib*) nach dem Fall Ḥusnī Mubāraks gingen im Januar 2012 zu Ende. Die Wahlen waren, abgesehen von kleineren Regelverstößen, im Großen und Ganzen frei und fair und sind in diesem Sinne als positiver Schritt im politischen Prozess nach dem Zusammenbruch des Mubārak-Regimes zu werten. Gleichzeitig stellen die in drei Etappen von Ende November 2011 bis Mitte Januar 2012 abgehaltenen Wahlen allerdings Gründungswahlen der besonderen Art dar: zwar symbolisieren sie einen ersten Schritt in Richtung eines auf freiem Wettbewerb beruhenden politischen Systems, andererseits stehen sie aber auch am Anfang eines Prozesses der Regimebildung dessen Ausgang keineswegs vorherbestimmt ist. Die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und insbesondere die Regelung der Rolle des Militärs in einer neuen politischen Ordnung stehen noch bevor und ob ein geordneter Übergang von der gegenwärtigen Militärherrschaft zu einem zivilen, durch freien politischen Wettbewerb gekennzeichneten Regime gelingt wird nicht zuletzt von den sich bildenden politischen Allianzen abhängen.

Zu diesem frühen Zeitpunkt lassen mit Blick auf die Wahlergebnisse drei Hauptpunkte festhalten, die bezüglich der Regimefrage zu einem ambivalenten Bild führen: Zum einen ist das islamistische Lager klar die dominante politische Kraft. Die Partei Freiheit und Gerechtigkeit (*Ḥizb al-Ḥurriyya wa-l-'Adāla*, FGP) der ägyptischen Muslimbrüder kam auf etwa 47,5% der Sitze in der neuen Volksversammlung, während weitere 24% von der streng konservativen *Ḥizb al-Nūr* (Partei des Lichts, al-Nūr) gehalten werden. Obwohl die beiden Parteien nicht als ein homogener Block gesehen

¹ Für Peter Mair, dessen akademischer Scharfsinn und menschliche Offenheit uns allen fehlen werden. Ich danke Jana Warkotsch für wertvolle Hinweise. Philippe Schmitter half mir einige meiner Ideen besser zu entwickeln.

werden sollten, bestätigen diese Ergebnisse die zentrale Rolle islamistischer Akteure. Zweitens ist das nicht-religiöse Lager stark fragmentiert und in sich zerstritten: Als stärkste Kraft aus diesem Lager schloss die traditionsreiche *Hizb al-Wafd* (Delegationspartei, al-Wafd) ab, die auf etwa 8% der Sitze kam. Gefolgt wird die Wafd von einem liberalen Wahlbündnis, dem Ägyptischen Block (*al-Kutla al-Maṣriyya*, al-Kutla), der etwa 7% der Sitze kontrolliert, sowie von einer Gruppe kleinerer Parteien welche zwischen einem und elf Sitzen und damit zwischen 0,2 und 2,5% der Sitze gewannen. Auf einer weiteren Ebene ist schließlich das schlechte Abschneiden von Vertretern der alten Eliten (so genannte *falūl* oder Überbleibsel) ein wichtiges Ergebnis. Zwar traten ehemalige Mitglieder der NDP in recht großer Zahl als unabhängige Kandidaten oder auf verschiedenen Parteilisten an und stellen rund 27% der nicht-islamistischen Abgeordneten, insgesamt beläuft sich dies aber lediglich auf 8% der neugewählten Parlamentarier. Damit haben sich vor den Wahlen geäußerte Befürchtungen (siehe beispielsweise Ahmed 2011: 9-10) über eine Rückkehr alter Eliten hauptsächlich aufgrund des Wahlsiegs der beiden islamistischen Gruppierungen nicht im großen Stil bewahrheitet.

Mit Blick auf die zukünftige Entwicklung des ägyptischen politischen Systems sind diese Wahlen daher ambivalent: Während der relativ geregelte und manipulationsfreie Ablauf sowie die weitgehende Verdrängung alter Eliten als positive Schritte in Richtung der Überwindung alter Politikmuster gesehen werden können, birgt die einseitige Dominanz der religiösen Konfliktlinie in der gegenwärtigen politischen Landschaft beträchtliche Gefahren. Nach den Wahlen von 2011/2012 zeichnet sich ab, dass die politische Zukunft Ägyptens stark von der Weiterentwicklung des Verhältnisses zwischen der islamistischen Parlamentsmehrheit und dem Hohen Militärrat (*al-Majlis al-A'la li-l-Quwwāt al-Musalaha*, SCAF²) abhängen wird. Während die Muslimbrüder zunächst den Fahrplan des Militärrats für die Übergangsperiode und insbesondere das rasche Abhalten von Wahlen unterstützten, begannen sich Spannungen in dieses Verhältnis einzuschleichen. Einen vorläufigen Höhepunkt fanden diese Spannungen als der Militärrat die Repräsentativität des neugewählten Parlaments in Frage stellte und die Bruderschaft daraufhin ihren Rückzug aus dem vom SCAF eingesetzten Konsultativrat verkündete.³

Im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen jedoch die Parlamentswahlen selbst, sowie ihre Verortung in der Entwicklung der politischen Szene Ägyptens seit dem Rücktritt Ḥusnī Mubāraks. Die folgenden Seiten gliedern sich daher in drei Teile: zunächst werde ich in aller Kürze die Entwicklungen von der ‚Revolution des 25. Januar‘ (*Thawrat 25 Yanāyir*) bis zum Beginn

² Im Folgenden verwende ich der Literatur folgend die englische Abkürzung SCAF für *Supreme Council of the Armed Forces*.

³ Vgl. Al-Ahram Online, ‚Egypt rulers: Parliament won't be representative,‘ 8. Dezember 2011, <http://english.ahram.org.eg/News/28806.aspx>.

der Wahlperiode im November 2011 skizzieren. Ein zweiter Teil wendet sich dann explizit den relevanten Akteursgruppen und ihrer Entwicklung seit Februar 2011 zu, bevor abschließend die Wahlergebnisse selbst näher vorgestellt und analysiert werden. In einem kurzen Ausblick werde ich zuletzt versuchen einige zentrale Implikationen des Wahlergebnisses herauszustellen und mögliche Allianzen und Zukunftsszenarien zu diskutieren.

Revolte, Putsch und Reform

Um den Ausgang der Wahlen in das größere Bild der Entwicklung des ägyptischen Regimes einordnen zu können, müssen die strukturellen Ursachen der ‚Revolution des 25. Januar‘ in die Analyse mit einbezogen werden. Zwar ist es richtig dass niemand die Ereignisse des arabischen Frühlings vorhergesehen hat (Anderson 2011; Gause 2011; Hibou 2011) und dass selbst die Organisatoren der anfänglichen Proteste am 25. Januar 2011, dem nationalen Feiertag zu Ehren der Polizei, nicht mit einem solchen Verlauf gerechnet haben.⁴ Andererseits liegen den Protesten jedoch Ursachen zugrunde die sich über einen längeren Zeitraum entwickelten und die auch die künftige Regimeentwicklung mit prägen werden. Obwohl also der Verlauf der Revolte und die Form des Regimezusammenbruchs auf die Rolle von akteurszentrierten Faktoren hindeuten, werden in der längerfristigen Regimeentwicklung strukturelle Einflüsse stärker zum Tragen kommen.

Der Soziologe Arthur Stinchcombe (1965) schrieb dass eine soziologische Theorie nicht in der Lage sein müsse den Ausgang einer Revolution vorherzusagen, wohl aber das Entstehen einer revolutionären Situation. In diesem Sinne stellt die ägyptische Revolte eine Konsequenz aus der Erosion politischer Unterstützung für das ägyptische Regime dar. Während der Übergang vom populistischen Autoritarismus Nāsirs zum post-populistischen Regime Sadāts (vgl. Cooper 1982; Pawelka 1985; Waterbury 1983) noch auf Unterstützung von Teilen der Mittelklassen setzen konnte, verspielte das Regime eben jene Unterstützung im Laufe der dreißigjährigen Mubārak-Ära. Die schwindende Rolle des Staates in der Bereitstellung von Beschäftigung und der Befriedigung von Grundbedürfnissen führte zum Aufbrechen des sozialen Paktes welcher das ägyptische Regime gestützt hatte (Shehata 2011). Insbesondere die Generation der unter Dreißigjährigen sah sich, oftmals trotz zunehmender formaler Bildung, im gesellschaftlichen Aufstieg blockiert, nicht zuletzt weil der öffentliche Sektor ihre

⁴ Verschiedene Organisatoren der Proteste versicherten einmütig dass sie am 25. Januar bestenfalls größere Proteste erwartet hätten und vom Lauf der Ereignisse überrascht wurden (Interviews des Autors mit Protestaktivisten, Kairo, April und Mai 2011).

Inkorporation nicht länger gewährleisten konnte;⁵ steigende Lebensmittelpreise wurden nur unzureichend vom staatlichen Subventionssystem aufgefangen und der Wegfall politischer Unterstützung auf der Grundlage populistischer Strategien konnte nicht durch Mechanismen der klientelistischen Einbindung kompensiert werden. Diese Entwicklungen bereiteten den Boden für den politischen Aktivismus der jungen Generation sowie die Mobilisierung sozial zunehmend marginalisierter Schichten.

Auf der institutionellen Ebene wurde versucht durch ein System des ‚kompetitiven Klientelismus‘ (Lust 2009) politische Unterstützung zu generieren. Die ehemals hegemoniale Nationaldemokratische Partei (*Ḥizb al-Waṭanī al-Dīmūqrāṭī*, NDP) spielte dabei die Rolle eines Instruments zur Kanalisierung von Ressourcen und versammelte lokal einflussreiche ‚politische Unternehmer‘ in ihren Reihen (Koehler 2008). Diese lokalen Eliten sollten so mitsamt ihrer Netzwerke von Klienten und Unterstützern an die Partei und damit das Regime gebunden werden. Es handelte sich hier also gleichsam um den Versuch der Privatisierung von Inkorporationsleistungen die unter dem populistischen Regime Nāṣirs durch die Einheitspartei der Arabisch Sozialistischen Union (*al-Ittiḥād al-‘Arabī al-Ishtirākī*, ASU) vollbracht worden waren. Die monopolisierte Verteilung von Ressourcen über die hegemoniale Partei gab lokal einflussreichen Eliten Anreize sich der NDP anzuschließen (Blaydes 2010; Koehler 2008); gleichzeitig sorgten diese ‚politischen Unternehmer‘ für die Kanalisierung staatlicher und privater Ressourcen in ihre Wahlkreise, ein Prozess welcher auf die Inkorporation von durch soziale Marginalisierung bedrohte Unter- und untere Mittelschichten (des sogenannten ‚popular sector‘ also) abzielte.

Dieses System brach in der Folge der Revolte in sich zusammen. Nicht nur hatte das ägyptische Regime in seinen Bemühungen versagt, politische Unterstützung zu generieren, sondern es waren genau jene marginalisierten Gruppen deren Teilnahme den Protesten zu einer Massenbasis verhalf. Die Aktivierung von sozial marginalisierten Teilen der Bevölkerung geschah dabei nicht zufällig, sondern war eine bewusste Strategie der Organisatoren der Proteste vom 25. Januar 2011.⁶ In diesem Sinne verfügt die ägyptische Revolte über eine wichtige organisatorische Vorgeschichte: Ohne die Herausbildung von Netzwerken politischer Aktivisten im Laufe der 2000er Jahre wäre die Organisation der Proteste am 25. Januar 2011 nicht möglich

⁵ Nach Daten des ägyptischen Human Development Report 2010 war die Arbeitslosigkeit unter Personen mit Sekundar- oder Universitätsbildung im Jahr 2007 mit 62% und 32% deutlich höher als in der Gruppe der Personen ohne höhere Bildung (4,8%). Nach Angaben der Central Agency for Popular Mobilization and Statistics (CAPMAS) waren zudem im November 2010 rund 87% aller Arbeitslosen im Alter zwischen 15 und 30 Jahren, vgl. CAPMAS, *Baḥṯ al-qūwa al-‘āmila al-rub‘ al-tālith*, <http://www.capmas.gov.eg/news.aspx?nid=491>.

⁶ Interviews des Autors mit Aktivisten aus verschiedenen ideologischen Strömungen, Kairo, April und Mai 2011.

gewesen und die auf die Mobilisierung marginalisierter sozialer Gruppen gerichtete Strategie von insbesondere jungen Aktivisten stellte eine wichtige Erfolgsbedingung dar.

Die politische Landschaft Ägyptens sah eine Vielzahl verschiedener Protestbewegungen im letzten Jahrzehnt deren Geschichte letztlich zu den Protesten in Solidarität mit der palästinensischen zweiten *intifāda* in den Jahren 2000 und 2001 zurück reicht und die stets in einem gewissen Spannungsverhältnis zur parteipolitisch organisierten Opposition standen (vgl. Browsers 2007; Koehler & Warkotsch 2009). Einen Höhepunkt fand dieser Protestzyklus in den Aktivitäten der ägyptischen Bewegung für Wandel (*al-Haraka al-Maṣriyya min ajli-l-Taghīr*), besser bekannt als *Kifāya!* (Genug!), im Jahr 2005.

Kifāya war die erste politische Gruppierung in Ägypten die offen gegen den Präsidenten und das Projekt der Vererbung der Macht an dessen Sohn mobilisierte (vgl. Browsers 2007; Oweidat et al. 2008). Gleichzeitig führte der Mobilisierungszyklus seit dem Beginn des letzten Jahrzehnts zum Entstehen von Netzwerken der Koordination und Kooperation unter jungen Aktivisten aus verschiedenen Bereichen des politischen Spektrums, insbesondere an den Universitäten des Landes.⁷ Während die Führung von Kifāya weitgehend in Händen einer älteren Generation von politischen Aktivisten lag,⁸ sammelten viele jüngere Aktivisten ihre ersten Erfahrungen mit nationaler Politik im Rahmen der Bewegung. Nach dem Niedergang Kifāyas im Jahr 2006 wandten sich viele jüngere Mitglieder schließlich neuen Aktivitäten zu und stießen neue Gruppierungen und Kampagnen an, wie die Jugend des 6. April (*Ḥarakat Shabāb 6 Abrīl*), die „Wir sind alle Khālīd Sa‘īd“-Initiative (*Kullna Khālīd Sa‘īd*), oder die Kampagne zur Unterstützung al-Barādī’s (*Ḥamla Da‘m al-Barādī wa Muṭālib al-Taghīr*). Aus diesem Reservoir von politisierten Aktivisten der ‚Generation Mubārak‘ rekrutiert sich die Führungsebene der meisten nach der Revolte entstandenen Parteien.⁹

Diese neuere Entwicklung, insbesondere die Aktivitäten der Jugend des 6. April, müssen vor dem Hintergrund eines zweiten Mobilisierungszyklus‘ gesehen werden: der Zunahme von Streiks und Arbeiterprotesten seit 2004

⁷ Die Universität von Kairo stand im Zentrum dieser Entwicklung. Viele der führenden Aktivisten über ideologische Grenzen hinweg kannten sich aus ihrer Zeit an der Universität und konnten auf Erfahrungen der Kooperation in pro-palästinensischen und universitätspolitischen Aktionen aufbauen (Interviews mit früherem Führer der Sozialistischen Studenten an der Universität von Kairo, 28. April 2011, sowie mit ehemaligem Führer der islamistischen Studenten, 24. Mai 2011).

⁸ Interessanter Weise zeigten sich in diesen Netzwerken der älteren Aktivisten dieselben Muster der Kooperation auf der Grundlage von gemeinsamen Erfahrungen in der Studentenbewegung der 1970er Jahre.

⁹ Die gebräuchliche Bezeichnung der ‚revolutionären Jugend‘ kann leicht in die Irre führen. Tatsächlich sind die prominenteren Aktivisten der Bewegung eher in einem Alter zwischen 25 und 35 Jahren anzusiedeln.

(vgl. Bein 2011). Dies macht zum einen einige der oben bereits erwähnten strukturellen Hintergründe deutlich die letztlich in die revolutionäre Situation mündeten. Zum anderen können Gruppen wie die Jugend des 6. April als Versuche von hauptsächlich aus der Mittelschicht stammenden Aktivisten gesehen werden, Verbindungen zu sozialen Protesten herzustellen und so eine breitere gesellschaftliche Basis für ihre Grundsatzopposition zu schaffen. Obwohl die Verbindung von politischen und sozialen Problemstellungen vor der Revolte kaum gelang,¹⁰ entstanden so doch Kontakte die während der Revolte zum Einsatz gebracht wurden.

Im Januar und Februar 2011 gelang diese Verbindung schließlich. Dies ist nicht der Ort um die Frage zu untersuchen, welche Faktoren die Ausbreitung der Proteste über zuvor bestehende soziale Grenzen hinweg begünstigten. Neben der Vorbildfunktion der Ereignisse in Tunesien und der Übertragung von Informationen über die tunesischen Proteste durch Satellitenfernsehen und das Internet, spielten jedoch konkrete Strategien ägyptischer Aktivisten eine wichtige Rolle. Die Mobilisierungsstrategien am 25. Januar 2011 zielten explizit auf die Aktivierung marginalisierter Bevölkerungsgruppen ab: Aktivisten versammelten sich in von Armut gekennzeichneten Randbezirken Kairo (den sogenannten *'ashawiyāt*) um von dort Demonstrationen ins Zentrum zu führen;¹¹ der ursprüngliche Slogan der Proteste – *'aish, ḥurriyya, karāma insāniyya* (Brot, Freiheit, Menschenwürde) – war zudem bewusst gewählt um die Anliegen dieses Personenkreises anzusprechen und eine rein ‚politische‘ Ausrichtung zu vermeiden.¹²

Die Revolte stellt sich also aus dieser Sicht als das Zusammentreffen verschiedener Entwicklungen dar: Auf der einen Seite führte die fortgesetzte Erosion staatlicher Inkorporationsstrategien im Kontext wachsender Anforderungen durch wirtschaftliche und soziale Entwicklungen zum Heranwachsen eines Potentials politischer Mobilisierung jenseits des engen Zirkels oppositioneller Aktivisten. Zum anderen entstanden im Rahmen früherer Mobilisierungszyklen Netzwerke zwischen Aktivisten welche die Grundlage für Kooperation während der Demonstrationen bildeten und

¹⁰ Im Gegenteil, Aktivisten der Arbeiterbewegung waren oftmals skeptisch gegenüber Versuchen der „Vereinnahmung“ durch politische Aktivisten (Interviews mit Organisatoren der Arbeiterbewegung, Kairo, 10., 12. und 26. März 2008).

¹¹ So begannen die Demonstrationen am 25. Januar beispielsweise an Orten wie Bulāq al-Dakrūr oder Haram und Aktivisten griffen bewusst auf ‚soziale‘ (im Gegensatz zu rein ‚politischen‘) Slogans zurück um die Unterstützung der Bewohner solcher ‚sha‘bī‘ Stadtteile zu gewinnen (Interview mit Organisator der Proteste in Bulāq, Kairo, 28. April 2011). Darüber hinaus waren Demonstranten aus niedrigeren sozialen Schichten in taktischer Hinsicht wertvoll, da diese im Gegensatz zu Aktivisten aus der Mittelklasse über Erfahrungen in gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei verfügten (Interview mit Aktivistin, Kairo, 9. Mai 2011).

¹² Interviews des Autors, Kairo, April und Mai 2011.

gleichzeitig eine Verbindung zu einer älteren Generation politischer Oppositioneller schufen. Diese beiden Elemente verbanden sich in den Protesten vom Januar und Februar 2011.

Die achtzehn Tage andauernden Massenproteste auf dem Midān al-Taḥrīr in Kairo, aber auch in anderen Städten des Landes, insbesondere in Alexandria, Port Said und Suez, führten schließlich zum Rücktritt Ḥusnī Mubāraks am 11. Februar 2011 und zur Implosion des hegemonialen Parteiensystems. Der Hohe Militärrat unter dem Vorsitz von Feldmarschall Muḥammad Ḥussayn Ṭantāwī übernahm die Macht im Lande und kontrolliert seither die politischen Geschicke Ägyptens. Es handelt sich also letztlich um einen Militärputsch der zunächst einmal die Machtverhältnisse im ägyptischen Regime deutlich zu Gunsten der Streitkräfte verschob. Die Verfassung wurde außer Kraft gesetzt und beide Kammern des Parlaments wurden aufgelöst. Am Ende der Übergangsperiode (*al-fitra al-intiqāliyya*) soll die Übergabe der Macht an eine zivile Regierung im Juni 2012 stehen. Die Parlamentswahlen Ende 2011 und Anfang 2012 werden als wichtiger Schritt in diesem Prozess gesehen, da die Mitwirkung an der Ausarbeitung einer neuen Verfassung zu den ersten Aufgaben des zu wählenden Parlaments gehört.¹³ Der nächste Abschnitt wendet sich der Reform der institutionellen Rahmenbedingungen seit der Revolte zu, bevor näher auf einige zentrale Akteure eingegangen werden kann.

Die Reform des institutionellen Rahmens

Den ersten Schritt zur Reform der institutionellen Rahmenbedingungen unternahm Ägypten in einem Verfassungsreferendum vom 19. März 2011. Insgesamt 11 Änderungen an der Verfassung von 1971 standen zur Abstimmung. Inhaltlich betrafen die Änderungen hauptsächlich die Wahl und das Amt des Präsidenten. Zusätzlich jedoch schrieb der neu eingefügte Artikel 189 dem zu wählenden Parlament eine Rolle im Verfassungsgebungsprozess zu und etablierte damit zumindest implizit eine grobe Abfolge verschiedener Schritte in der Übergangsperiode.¹⁴ Gegen diese Abfolge, welche Parlamentswahlen vor der Ausarbeitung einer neuen Verfassung und damit innerhalb einer relativ kurzen Zeitspanne vorsah, richtete sich der Protest vieler Aktivisten aus den Protestbewegungen. Neue Gruppierungen, so das Argument, hätten nicht genug Zeit sich vor diesen Wahlen zu organisieren und seien so strukturell benachteiligt, während Kräfte des alten Regimes und die Muslimbrüder bereits über entsprechende Strukturen verfügten.¹⁵ Die damals noch nicht aufgelöste NDP, die

¹³ Diese Formulierung ist bewusst unpräzise da die genaue Rolle des Parlaments im Prozess der Verfassungsgebung sich gegenwärtig (Januar 2011) zu einem der wichtigsten Konfliktpunkte zu entwickeln scheint.

¹⁴ Der Text der Änderungen kann eingesehen werden unter <http://referendum.eg/constitutional-amendments.html> (arabisch).

¹⁵ Aktivisten aller Parteien aus dem Umfeld der Protestbewegungen formulierten diese Kritikpunkte. Interviews des Autors, Kairo, April und Mai 2011.

Muslimbrüder, salafistische Gruppen und zumindest implizit auch das ägyptische Militär unterstützten die Verfassungsänderungen jedoch.

In der Abstimmung am 19. März wurden die 11 Änderungen von 77% der teilnehmenden Wähler akzeptiert und legten damit die grundsätzliche Struktur der Übergangsperiode fest. Das Referendum ist jedoch nicht nur bedeutsam weil die Verfassungsänderungen eine Abfolge von Reformschritten etablierten auf die das Militär seither bestand, sondern gibt auch Aufschluss bezüglich der Art und Weise in welcher der Militärrat politische Prozesse handhabt: Während im Referendum die Änderung von lediglich 11 Artikeln der Verfassung zur Abstimmung stand, legte der Militärrat am 23. März eine 63 Artikel umfassende Verfassungserklärung vor welche neben den per Referendum verabschiedeten Artikeln zahlreiche weitere Änderungen enthält. Insbesondere Artikel 56 dieser Verfassungserklärung ist problematisch, überträgt er doch dem SCAF weit reichende Befugnisse und gibt der Herrschaft des ägyptischen Militärs daher einen quasi-verfassungsrechtlichen Rang (vgl. Albrecht & Bishara 2011).¹⁶

In diesem frühen Stadium der Übergangsphase konzentrierte sich die Aufmerksamkeit jedoch hauptsächlich auf die wahrgenommene Gefahr einer Rückkehr alter Eliten. In diesem Zusammenhang sind mit der Auflösung der NDP, mit Diskussionen über den Ausschluss ehemaliger Mitglieder der Partei aus dem politischen Prozess, sowie mit der Ausarbeitung eines neuen Wahlrechts wichtige Schritte geschehen. Zunächst verfügte der Oberste Verwaltungsgerichtshof Ägyptens am 16. April 2011 die Auflösung der NDP und die Beschlagnahmung ihres Vermögens. Dieses Urteil folgte einem Prozess der von Muṣṭafa Bakrī, Chefredakteur der Zeitung *al-Usbūʿ* (die Woche) und seit den Wahlen unabhängiger Abgeordneter aus dem Wahlbezirk von Maʿādi in Kairo, Aḥmad al-Faḍālī, Präsident der Partei des Demokratischen Friedens und Maḥmūd Abū al-ʿĪnain, Professor an der Universität von Kairo, angestrengt worden war. Als formale Begründung dienten dem Gericht Verstöße der Partei gegen das Parteiengesetz von 1977 das unter anderem festlegte dass eine Partei ihren Gründungsprinzipien treu bleiben müsse und dass sie demokratischen Prinzipien zu folgen habe. Diese Vorgaben sah das Gericht im Falle der NDP verletzt.¹⁷ Während die Auflösung der NDP in weiten Teilen des politischen Spektrums begrüßt wurde, wurden auch Stimmen laut welche weitergehende Schritte forderten.

Eine zweite Forderung die in diesem Zusammenhang relevant ist, war die nach dem Ausschluss ehemaliger NDP-Mitglieder aus dem politischen Prozess. Diese Forderung nahm verschiedene Gestalten an. Stand zunächst

¹⁶ Der Text der Verfassungserklärung kann auf der Webseite von al-Masry al-Yaum eingesehen werden, <http://www.almazryalyoum.com/node/380474>, (arabisch).

¹⁷ Vgl. al-Ahram online, ‚Egypt's decades-long ruling party consigned to dust,‘ 16. April 2011, <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/10152/Egypt/Politics-/Egypts-decadeslong-ruling-party-consigned-to-dust.aspx>.

die Auflösung der 2008 gewählten und von der NDP dominierten lokalen Räte im Mittelpunkt,¹⁸ so fokussierte sich die Debatte nach deren Auflösung am 28. Juni 2011 vor allem auf den Umgang mit ehemaligen NDP-Mitgliedern. Vor dem Hintergrund der Tatsache dass die bis dahin angestrebten Prozesse gegen ehemalige Vertreter des Mubārak-Regimes sich ausschließlich auf Wirtschaftsvergehen konzentrierten, begannen Aktivisten die Verfolgung auch politischer Korruption zu fordern.¹⁹ Diese Diskussion führte letztlich zur Reaktivierung von Gesetz 344 von 1952, welches nach dem Coup d'État der Freien Offiziere im selben Jahr zur Verfolgung von Mitgliedern der alten politischen Elite verwendet worden war. Dieses Gesetz des Verrats (*ghadr*) ermöglicht es, Personen die an der ‚Korruption des politischen Lebens‘ vor der Revolte beteiligt waren, ihre politischen Rechte für fünf Jahre zu entziehen. Menschenrechtsgruppierungen und Vertreter einiger Parteien kritisierten hauptsächlich die Tatsache dass dieses Gesetz als Repressionsinstrument des alten Regimes kaum als geeignetes Mittel erscheinen könne und dass die Formulierungen des Gesetzestextes keine klaren Kriterien etablierten.²⁰ Trotz der mehrmaligen Versicherung der ägyptischen Regierung das Gesetz zur Anwendung bringen zu wollen²¹ blieben großangelegte Prozesse aus und der Oberste Verwaltungsgerichtshof entschied im November dass ehemaligen NDP-Mitgliedern nicht grundsätzlich politische Rechte entzogen werden könnten.²²

Ähnliche Befürchtungen über eine Reetablierung alter Eliten standen zumindest teilweise auch hinter der Diskussion über die Reform des Wahlrechts (vgl. Ahmed 2011). Eine Forderung die insbesondere aus den Reihen politischer Parteien erhoben wurde, war die nach der Einführung eines Listenwahlrechts. Diese Präferenz wurde in der Regel mit der Notwendigkeit gerechtfertigt, politische Parteien zu stärken und die Bedeutung von ‚einflussreichen Persönlichkeiten‘ zu minimieren.²³ In den

¹⁸ Interviews des Autors mit Partei- und Protestaktivisten, Kairo, April und Mai 2011.

¹⁹ Vgl. Al-Ahram online, ‚April 6 Movement demands former NDP members be banned from Egypt politics,‘ 29. Juni 2011, <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/15270/Egypt/Politics-/April--Movement-demands-former-NDP-members-be-bann.aspx>.

²⁰ Vgl. zum Beispiel CIHRS, ‚The treachery law: a return to the ways of the former regime,‘ 8. August 2011, <http://www.cihrs.org/English/NewsSystem/Articles/2941.aspx>.

²¹ Vgl. al-Ahram Online, ‚Egypt to apply Treason Law on Mubarak accomplices in run-up to parliamentary elections,‘ 4. Oktober 2011, <http://english.ahram.org.eg/~NewsContent/1/64/23309/Egypt/Politics-/Egypt-to-apply-Treason-Law-on-Mubarak-accomplices-.aspx>.

²² Vgl. Al-Jazeera, ‚Egypt court clears way for ex-NDP candidates,‘ 18. November 2011, <http://www.aljazeera.com/news/middleeast/2011/11/201111156234899540.html>.

²³ Interviews des Autors mit Vertretern der Sozialdemokratischen Partei, der Gerechtigkeitspartei, der Sozialistischen Volksallianz, der Wafd, sowie der Tjammu‘, Kairo, April und Mai 2011. Die Muslimbruderpartei Freiheit und Gerechtigkeit (FGP) unterstützte nach Angaben eines ihrer Vertreter die Forderung

Worten eines Mitgründers der *Hizb al-‘Adl* (Gerechtigkeitspartei) ging es um die Bekämpfung eines Phänomens welches er als das ‚Pharao-Problem‘ bezeichnete und um die Bildung von Parteien der Institutionen (*mu‘asasāt*) anstatt der Personen (*ashkhās*).²⁴ Trotz dieser relativ klaren Präferenzen auf Seiten der politischen Parteien enthielt die am 29. Mai 2011 vom SCAF verkündete erste Version des neuen Wahlgesetzes ein Mischsystem das zwei Drittel der Sitze für ein personalisiertes Verfahren vorsah und lediglich das restliche Drittel für ein Listensystem reservierte.²⁵ Eine Kommission unter der Leitung von ‘Amr Ḥashīm Rabī‘, einem Politikwissenschaftler am al-Ahram Zentrum für politische Studien, analysierte diesen Entwurf und empfahl die Stärkung des Listenanteils. Am 20. Juli 2011 verkündete der SCAF dann eine Version des Gesetzes welche mit 50% der Sitze einen größeren Anteil für Parteilisten reservierte.²⁶ Auch diese Version war Gegenstand scharfer Kritik von politischen Parteien, wobei sich Unmut erneut hauptsächlich auf das Mischverhältnis zwischen Listen- und Personenwahlrecht richtete. In einer letzten Runde der Wahlrechtsänderungen am 25. September schließlich, senkte der Militärat den Anteil der auf individueller Basis gewählten Abgeordneten auf ein Drittel. Nach dieser endgültigen Fassung werden 332 der 508 Abgeordneten über ein Listenwahlrecht bestimmt, während 166 als individuelle Kandidaten antreten und 10 vom Präsidenten (bzw. unter den aktuellen Umständen vom SCAF) ernannt werden.

Darüber hinaus ist der Prozess der Übersetzung von Stimmen in Sitze relativ komplex. Im Listenanteil wird hier nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren vorgegangen: Jede Parteiliste erhält auf der Ebene der 46 Listenwahlkreise zunächst die ihr prozentual zustehenden Sitze; da sich Stimmenanteile in der Regel nicht direkt in ganzzahlige Sitzanteile übersetzen lassen, werden die übrigen Mandate nach dem Prinzip des größten verbleibenden Bruchteils (*largest remainder*) verteilt. Das ägyptische Wahlrecht wird zudem durch die Tatsache verkompliziert dass auch der Listenanteil eine Quote von 50% Arbeitern und Bauern erfüllen muss. Dies wird erreicht indem auf den Parteilisten keine zwei Arbeiter/Bauern nacheinander auftauchen dürfen; ein eventuelles Ungleichgewicht in einem Wahlkreis wird schließlich ausgeglichen indem die Partei mit der kleinsten Ratio von gewonnenen

nach einem Listenwahlrecht aus Solidarität mit den neueren politischen Kräften, rechnete sich aber (nicht unrealistisch) unter allen möglichen Systemen gute Chancen aus, Interview des Autors mit führendem Mitglied der FGP, Kairo, 22. Mai 2011.

²⁴ Interview des Autors mit Gründungsmitglied der Gerechtigkeitspartei, Kairo, 4. Mai 2011.

²⁵ Vgl. al-Ahram online, ‚Draft law introducing mixed electoral system triggers intense debate,‘ 30. Mai 2011, <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/13291/Egypt/Politics-/Draft-law-introducing-mixed-electoral-system-trigg.aspx>.

²⁶ Vgl. al-Ahram online, ‚New electoral law unwelcome across Egypt's political spectrum,‘ 21. Juli 2011, <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/0/17015/Egypt/New-electoral-law-unwelcome-across-Egypt-politica.aspx>.

Stimmen zu zugeteilten Sitzen gegebenenfalls eine Listenposition überspringen muss. Gleichzeitig müssen Parteilisten eine landesweite Hürde von 0,5% überspringen um Anspruch auf Vertretung im Parlament zu haben.

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass der SCAF seine Position im Zuge der Diskussion über die rechtlichen Rahmenbedingungen schrittweise an Forderungen aus der Parteienlandschaft anpasste, dass gleichzeitig jedoch die Details des Prozesses nicht unproblematisch sind. Zunächst stellte die Tatsache dass die rechtlichen Regeln für die bevorstehenden Wahlen bis zwei Monate vor Beginn des Urnengangs nicht feststanden viele politische Parteien vor strategische Probleme. Darüber hinaus ist die spezifische Konstruktion des ägyptischen Wahlrechts kaum geeignet die erhoffte Stärkung politischer Parteien zu erreichen und ist in seinen Details extrem komplex. Zwar liegt es in der Natur der Sache dass ein großer Teil der neu gewählten Abgeordneten einer Partei angehört, die relativ geringe Wahlkreisgröße ist jedoch kaum geeignet, Anreize für personalisierte Strategien zu mindern da Kandidaten nach wie vor als Personen und nicht primär als Parteimitglieder gewählt werden (Lancaster 1986: 70).

In Bezug auf die Reformierung des Parteiensystems waren jedoch andere Faktoren wichtiger als diese Details des Wahlrechts und der Regeln zur Übersetzung von Stimmen in Sitze: Der extrem begrenzte zeitliche Spielraum in Verbindung mit Unsicherheit über die genauen institutionellen Rahmenbedingungen, sowie das neue Parteiengesetz wie es vom SCAF Ende März in Dekret Nr. 12 verkündet wurde.²⁷ Ursprünglich sah der vom SCAF anvisierte Zeitplan Wahlen bereits für September 2011 vor. Während Vertreter politischer Parteien (mit Ausnahme der FGP) sich für einen späteren Zeitpunkt und für die Verabschiedung einer neuen Verfassung vor Parlamentswahlen aussprachen,²⁸ blieb das Militär bei der ursprünglich vorgesehenen Abfolge und verschob lediglich den Zeitpunkt der Wahlen um eine zunächst nicht klar spezifizierte Zeit und schließlich auf den endgültigen Zeitraum von Ende November 2011 bis Januar 2012.²⁹ Zur oben diskutierten Unsicherheit über die genauen Regeln des Wahlrechts trat

²⁷ Der Text von Dekret Nr. 12 (2011) wurde in *al-Shurūq* publiziert auf <http://www.shorouknews.com/ContentData.aspx?ID=418476>; die ursprüngliche Version des Gesetzes sah vor, dass die Namen aller Gründungsmitglieder in zwei landesweit publizierten Zeitungen veröffentlicht werden müssten. Das ägyptische Kabinett sprach sich für eine Änderung dieser Vorschriften aus (vgl. al-Ahram, ‚Majlis al-Wuzarā‘ yuwāfiq ‘ala ta‘dil nizām al-aḥzāb al-siyāsiyya‘ [Das Kabinett stimmt Änderungen des Parteiensystems zu], 12 May 2011) und letztlich setzte der SCAF diesen Teil des Gesetzes aus.

²⁸ Interviews des Autors mit Vertretern von Tagammu‘, Wafd, al-Dīmūqrāṭī al-Ijtimā‘ī, al-‘Adl, al-Taḥaluf al-Sha‘bī und Freiheit und Gerechtigkeit, Kairo, April und Mai 2011.

²⁹ Vgl. al-Masry al-Yaum, ‚Political parties support postponing parliamentary elections,‘ 14. Juli 2011, <http://www.almasryalyoum.com/node/477135>.

also zusätzlich noch Ungewissheit über den Zeitpunkt der Wahlen, eine Situation welche es politischen Parteien nahezu unmöglich machte sich strategisch auszurichten.³⁰

Das vom SCAF reformierte Parteienrecht stellte zudem einen weiteren Stein des Anstoßes dar. Nach den ursprünglichen Vorgaben von Dekret Nr. 12 (2011) mussten neue Parteien die notariell beglaubigte Unterstützung von 5.000 Gründungsmitgliedern einwerben, welche aus mindestens zehn verschiedenen Gouvernoraten des Landes stammen mussten. Die Unterschriften mussten dann in zwei landesweit publizierten Zeitungen veröffentlicht werden. Die letzte Bestimmung im Besonderen machte die Registrierung einer Partei eine kostspielige Angelegenheit und privilegierte solche Gruppierungen, welche über unabhängige finanzielle Ressourcen verfügten.³¹ Bewerbungen wurden bei einem Komitee für politische Parteien eingereicht welches aus Angehörigen der Judikative zusammengesetzt war und innerhalb von 30 Tagen eine Entscheidung bekannt geben musste. Anderenfalls wurde die entsprechende Bewerbung als automatisch bestätigt betrachtet. Trotz dieser relativ liberalen Bestimmungen, stellte die Tatsache dass Initiativen zur Parteigründung keine landesweiten Netzwerke zur Verfügung hatten solche Projekte vor relativ große Probleme.

Die Formierung neuer Parteien und die letztendliche Herausbildung von Parteikoalitionen muss also vor dem Hintergrund der unsicheren rechtlichen und institutionellen Situation gesehen werden. Gleichzeitig ist die politische Bühne von quer zueinander liegenden Konfliktlinien geprägt. Diese Situation führte zunächst zur Fragmentierung der Parteienlandschaft. Mit der zunehmenden Dominanz des Gegensatzes zwischen religiösen und nicht-religiösen Kräften schließlich wurde diese Fragmentierung teilweise überwunden und es bildeten sich mehrere Wahlbündnisse. Diese Prozesse sind Gegenstand des nächsten Abschnitts.

Fragmentierung und Polarisierung: Die Entwicklung des Parteiensystems nach der Revolte

Das ägyptische Parteiensystem ist in einer Phase des Umbruchs. Es kann daher kaum davon ausgegangen werden, dass sich bereits vor oder unmittelbar nach den ersten freien Wahlen eine dauerhafte Struktur abzeichnet. In diesem Sinne stellt dieser Abschnitt lediglich eine

³⁰ Die meisten der im April und Mai 2011 interviewten Akteure gingen bereits zu diesem Zeitpunkt von einem Mischsystem aus und richteten ihre Strategien an dieser Annahme aus.

³¹ Interview des Autors mit Sāmīr Sulaimān, 27. April 2011. Hāla Mustafā, Analystin am Al-Ahram Center für politische und strategische Studien, schätzte die Kosten für die Registrierung einer Partei unter diesen Regeln auf etwa 2 Mio. ägyptische Pfund. Interview des Autors mit Mustafā, Kairo, 27. April 2011.

Momentaufnahme eines im Entstehen begriffenen Parteiensystems dar. Es ist sehr wahrscheinlich dass sich dieses Bild – ein politisches System mit regelmäßigen Wahlen vorausgesetzt – stark verändern wird.

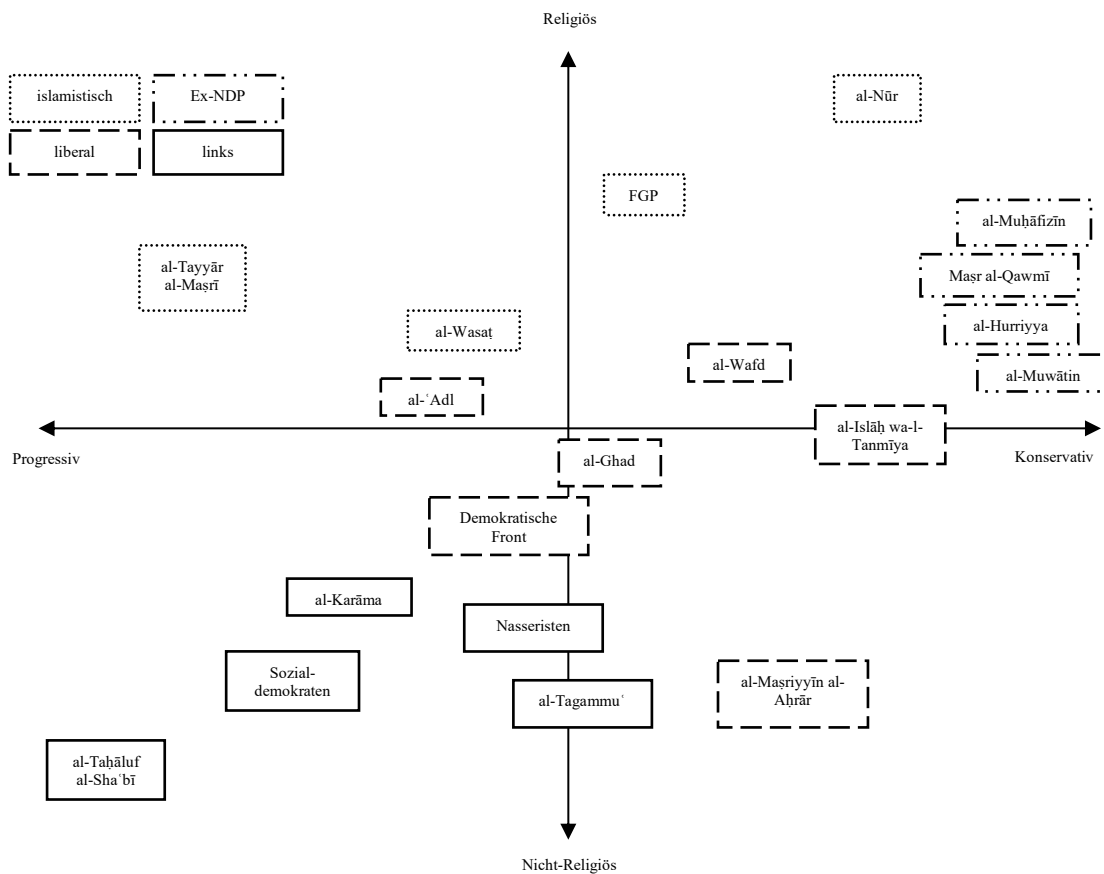
In der gegenwärtigen Situation jedoch ist das Parteiensystem in Ägypten durch zwei Merkmale gekennzeichnet: Eine Proliferation politischer Parteien mit der damit einhergehenden Fragmentierung auf der einen Seite und die zunehmende Polarisierung entlang der religiösen Konfliktlinie auf der anderen Seite. Diese beiden Merkmale entwickelten sich nacheinander: Die Phase unmittelbar nach der Revolte war zunächst von Fragmentierung geprägt: Beinahe täglich entstanden neue Parteien in allen Bereichen des politischen Spektrums und bestehende Parteien hatten mit Abspaltungen zu kämpfen. Diese erste Phase wurde schließlich unter dem Eindruck der bevorstehenden Wahlen von Versuchen der Koalitionsbildung abgelöst. Während zunächst noch ein Bündnis aller prorevolutionärer Kräfte im Gespräch war, setzte sich schließlich die Logik der religiösen Konfliktlinie durch und bestimmte die Konfiguration des Wettbewerbs bei den Wahlen.

Systematisch betrachtet bestehen gegenwärtig zwei zentrale Konfliktlinien. Die erste Konfliktlinie ist die zwischen am Status Quo orientierten Kräften und revolutionären Aktivisten, oder zwischen einem konservativen und einem progressiven Pol. Zwar dürfte auf der gegenwärtigen politischen Szene Ägyptens kaum eine Kraft zu finden sein welche die ‚Revolution des 25. Januar‘ explizit ablehnt, eher konservative Kräfte betonen jedoch die Notwendigkeit, die Errungenschaften der Revolution zu konsolidieren und zu geordneten politischen Prozessen zurückzukehren, während stärker progressive Kräfte die andauernde Natur der Revolution in den Mittelpunkt stellen. Die zweite Konfliktlinie ist die zwischen religiösen und nicht-religiösen Kräften. Wie bei der ersten Konfliktlinie, so ist auch hier der Konflikt rhetorisch verschleiert. Der Kernbegriff ist der eines ‚zivilen Staates‘ (*al-dawla al-madaniyya*). Während alle politischen Kräfte die Idee eines zivilen Staates befürworten, variieren die konkreten Vorstellungen stark.

In allen vier von diesen Konfliktlinien definierten Bereichen des politischen Spektrums entstanden seit Februar 2011 neue Parteien. Auf der progressiven Seite sind dies vor allem Parteien wie die Sozialdemokratische Partei (*Ḥizb al-Maṣrī al-Dīmūqrāṭī al-Ijtimāʿī*, SDP) und die Sozialistische Volksallianz (*al-Taḥāluf al-Shaʿbī al-Ishtirākī*) im nicht-religiösen Bereich, oder die Partei der Ägyptischen Strömung (*Ḥizb al-Tayyār al-Maṣrī*), *Ḥizb al-ʿAdl* (Gerechtigkeitspartei, GP) und *Ḥizb al-Wasaṭ al-Jadīd* (Neue Zentrumspartei) im eher religiösen Spektrum. Auf der konservativen Seite entstanden mehrere NDP-Nachfolgeparteien von denen *Ḥizb Maṣr al-Qawmī* (Nationale Partei Ägyptens) und *Ḥizb al-Ḥurriyya* (Freiheitspartei) die bedeutendsten darstellen. Gleichzeitig sind aber auch sich selbst als liberal definierende Parteien wie die traditionsreiche *Ḥizb al-Wafd* (Delegationspartei, al-Wafd), die *Ḥizb al-Islāḥ wa-l-Tanmīya* (Partei für

Reform und Entwicklung) und die nach der Revolte entstandene *Hizb al-Maṣriyyīn al-Aḥrār* (Partei der Freien Ägypter) als eher Status Quo-orientiert anzusehen, eine Einschätzung die auch durch die Tatsache untermauert wird, dass rund 20% der auf diesen Listen gewählten Parlamentarier ehemalige NDP-Funktionäre sind. Die wohl bedeutendsten Neugründungen, die Partei Freiheit und Gerechtigkeit (*Hizb al-Hurriyya wa-l-ʿAdāla*, FGP) der Muslimbrüder sowie die salafistische *Hizb al-Nūr* (Partei des Lichts, al-Nūr) schließlich sind aufgrund ihrer Positionierung im Konflikt zwischen dem SCAF und den Protestbewegungen im religiös-konservativen Spektrum einzuordnen. Abbildung 1 gibt eine schematische Darstellung des Parteiensystems mit einigen wichtigen Akteuren.

Abbildung 1: Das ägyptische Parteiensystem Anfang 2012



Die schematische Darstellung in Abbildung 1 ist natürlich in keiner Weise als erschöpfend zu betrachten. Obwohl sie viele neu gegründete und länger bestehende Gruppen vernachlässigt, verdeutlicht sie trotzdem die Logik welcher das entstehende Parteiensystem gegenwärtig folgt. In den folgenden Abschnitten wird die Entwicklung der ägyptischen Parteienlandschaft zunächst nachvollzogen.

Das islamistische Spektrum

Islamistische Kräfte nahmen im vorrevolutionären Ägypten eine doppeldeutige Position ein. Während die stärkste islamistische Gruppierung, die Muslimbruderschaft (*al-Ikhwān al-Muslimūn*, MB), als illegal betrachtet wurde, nahm sie dennoch seit 1984 aktiv an Wahlprozessen teil. Unter dem gemischten Verhältnis- und Personenwahlrecht der 1980er Jahre ging die Bruderschaft Wahlbündnisse zunächst mit der Wafd und *Ḥizb al-Ahrār* (Liberale Partei) im Jahre 1984 und dann mit der Sozialistischen Arbeitspartei im Jahre 1987 ein. Unter dem von 1990 bis 2010 gültigen Personenwahlrecht präsentierte die Gruppe unabhängige Kandidaten, wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg. Nach einem überraschenden Wahlerfolg in den Wahlen von 2005 welcher der Bruderschaft 88 Parlamentssitze verschaffte waren die MB seit 2006 starker Repression ausgesetzt und konnten daher ihren Erfolg in den Wahlen von 2010 nicht wiederholen.³²

Die am 21. Februar 2011 gegründete Partei Freiheit und Gerechtigkeit (*Ḥizb al-Ḥurriyya wa-l-ʿAdāla*, FGP) kann auf diese Erfahrung zurückgreifen und die Wahlergebnisse von 2011/12 bestätigen die bedeutende Rolle der Bruderschaft und ihrer Partei. Die Gründung der Partei wurde vom *Maktab al-Irshād* der Bruderschaft verkündet und mit Muḥammad Mursī als Präsident, Muḥammad Saʿd al-Katātnī als Generalsekretär und ʿIṣām al-ʿAriān als stellvertretendem Vorsitzenden wird die Partei von ehemals führenden Mitgliedern der MB aus der mittleren Generation geleitet.³³ Zwar soll die Partei offiziell unabhängig von der ‚Mutterorganisation‘ agieren, der Prozess der Parteigründung und die Ernennung ihrer führenden Persönlichkeiten durch die Bruderschaft lassen jedoch erhebliche Zweifel an dieser Unabhängigkeit aufkommen. Die Debatte über das Verhältnis zwischen der FGP und den MB erhielt zusätzliche Nahrung als der Führer der Bruderschaft (*murshid al-ʿām*) verkündete dass Mitglieder der Gruppe lediglich der FGP, nicht aber anderen Parteien zugehören könnten. Diese Politik stieß insbesondere bei jüngeren Mitgliedern der Bruderschaft auf heftige Kritik.³⁴

Führer der Bruderschaft hatten zudem ursprünglich angekündigt dass die FGP nur für rund ein Drittel der Parlamentssitze antreten würde; später entschied jedoch der Shūrā-Rat der Bruderschaft dass die Partei Kandidaten für 50% der Sitze aufstellen würde. Dieser Wandel in der Strategie wurde von führenden Muslimbrüdern mit dem zu erwartenden höheren Grad an Wettbewerb gerechtfertigt, wobei offiziell weiter ein Drittel der Sitze

³² Interview des Autors mit Muḥammad Saʿd al-Katātnī, 28. November 2007.

³³ Al-Katātnī legte sein Parteiamt nach den Wahlen nieder um den Weg zu seiner Wahl zum Parlamentssprecher frei zu machen.

³⁴ Vgl. al-Masry al-Yaum, ‚Muslim Brotherhood reformist to found new party,‘ 27. März 2011, <http://www.almasryalyoum.com/en/node/376484>, Interviews des Autors mit jungen Aktivisten der MB, 10. Mai 2011 und 24. Mai 2011.

angestrebt wurde.³⁵ Tatsächlich stellte die FGP im Rahmen der von ihr geführten Koalition *al-Taḥāluf al-Dīmūqrāṭī min ajli-l-Maṣr* (Demokratische Allianz für Ägypten) Kandidaten für etwa 70% der Sitze auf. Die Rolle der MB in der Festlegung solcher strategischer Entscheidungen der Partei gibt wiederum einen Einblick in das Ausmaß zu welchem die FGP (noch) von der Bruderschaft kontrolliert wird.³⁶

Die FGP ist nicht die einzige islamistische Partei. Außerhalb des Spektrums der Muslimbrüder hat sich vielmehr die salafistische Bewegung in Ägypten nach der Revolte als neue Kraft etabliert. Die salafistische *Ḥizb al-Nūr* (Partei des Lichts, al-Nūr) ist die wichtigste salafistische Partei Ägyptens und trat in den Wahlen von 2011/12 in einer Allianz mit einer weiteren salafistischen Partei, der *Ḥizb al-Aṣāla* (Partei der Authentizität), und der von *al-Jamā'a al-Islāmiyya* unterstützten *Ḥizb al-Binā' wa-l-Tanmīya* (Partei für Aufbau und Entwicklung) an.³⁷ Al-Nūr wurde am 12. Juni 2011 legalisiert und hat ihren Schwerpunkt in Alexandria das traditionell als Hochburg der salafistischen Bewegung gilt. Die Partei ging aus der *al-Da'wa al-Salafiyya* (der Salafistische Ruf), der größten salafistischen Bewegung Ägyptens hervor. Hatten die Salafisten vor wie während der Revolte politische Partizipation und insbesondere Widerstand gegen die bestehenden Autoritäten als unislamisch abgelehnt, so riefen sie unmittelbar nach dem Rücktritt Mubāraks zur Gründung einer eigenen Partei auf. Programmatisch versucht die Partei als gemäßigt aufzutreten, fiel jedoch auch immer wieder mit radikalen Äußerungen auf.³⁸ In den Wahlen entwickelte sich al-Nūr zum schärfsten Konkurrenten der FGP und kam auf insgesamt etwa 25% der Sitze.

Das liberale Spektrum: Der ägyptische Block

Unter der Bezeichnung ‚liberal‘ sind hier (und im gegenwärtigen politischen Diskurs Ägyptens) vor allem solche Akteure zu verstehen, welche säkulare Positionen vertreten. Einige dieser Kräfte schlossen sich vor den Wahlen im Ägyptischen Block (*al-Kutla al-Maṣriyya*, al-Kutla) zusammen und gewannen in dieser Formation etwa 7% der Sitze. Neben der bereits vor der

³⁵ Interview des Autors mit Muḥammad al-Biltāji, 22. Mai 2011.

³⁶ Vgl. al-Ahram Weekly, ‚Not without squabble,‘ 5.-11. Mai 2011, <http://weekly.ahram.org.eg/2011/1046/eg6.htm>.

³⁷ Vgl. Al-Ahram, ‚Al-Salafiyyūn wa-l-Jamā'a yukhawwidūn al-intikhabāt taḥta ism al-Taḥāluf min ajli Miṣr‘ [Die Salafisten und die [Islamische] Gruppe nehmen unter dem Namen Allianz für Ägypten an den Wahlen teil], 3. November 2011, <http://www.ahram.org.eg/Revolution-Parliament/News/110661.aspx>.

³⁸ Vgl. die Grundsätze auf der Webseite unter www.alnourparty.org. Vgl. ebenso al-Ahram Online ‚Salafist party vows to ban alcohol, beach tourism in Egypt,‘ 13. Dezember 2011, <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/29141/Egypt/Politics-/Salafist-party-vows-to-ban-alcohol,-beach-tourism-.aspx> und al-Ahram Online ‚Emad El-Din Abdel Ghafour, chairman of the Salafist Nour Party,‘ 12. Dezember 2011, <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/29157/Egypt/Politics-/Emad-ElDin-Abdel-Ghafour,-chairman-of-the-Salafist.aspx>.

Revolte bestehenden *Hizb al-Tajammu‘ al-Waṭanī al-Taqaḍḍumī al-Waḥḍawī* (Partei der National-Fortschrittlich Einheitlichen Sammlung, Tajammu‘) welche lediglich etwa 10% der Kandidaten stellte, sind die Sozialdemokratische Partei und die Partei der Freien Ägypter in der Koalition vertreten und stellten respektive 40% und 50% der Kandidaten.

Hizb al-Maṣriyyīn al-Aḥrār (Partei der Freien Ägypter, al-Maṣriyyīn al-Aḥrār) vertritt wirtschaftsnahe liberale Positionen und stammt nicht aus dem Umfeld revolutionärer Aktivisten. Die Partei entstand auf Initiative des wohlhabenden Geschäftsmannes Najīb Sāwīris am 3. April 2011. Ideologisch betont sie ihre liberale Grundhaltung, die säkulare (zivile) Natur des Staates, sowie Ziele der wirtschaftlichen Entwicklung auf der Basis marktwirtschaftlicher Prinzipien.³⁹ Betrachtet man die Rolle der Sāwīris-Familie unter dem Regime Mubaraks und insbesondere ihre Verbindung zu den Fürsprechern neoliberaler Wirtschaftsreformen aus dem Umfeld Jamāl Mubāraks (vgl. Roll 2010, 263-65), so kann al-Maṣriyyīn al-Aḥrār nur als Status Quo-Kraft gesehen werden.⁴⁰ Der ‚Exekutivpräsident‘ (*al-ra‘īs al-tanzīfī*) der Partei ist mit dem früheren Vorstandsvorsitzenden von ExxonMobile Egypt, Khālid Qandīl, eine weitere Figur aus Wirtschaftskreisen. Qandīl war 2007 kurzfristig der Partei der Demokratischen Front beigetreten, verließ diese Gruppierung jedoch rasch wieder. Weitere hochrangige Mitglieder sind Khālid Bishāra aus der Führungsetage von Orascom Telecom und Besitzer von LinkDotNet, dem größten privaten Internetprovider der Region⁴¹ und Ḥussain Ḥarīdī, der ägyptische Botschafter in Pakistan. Al-Maṣriyyīn al-Aḥrār kann nicht als Partei gesehen werden, welche die Anliegen der revolutionären Aktivisten vertritt. Vielmehr stützt sie sich auf Unterstützung aus oberen sozialen Schichten die zwar die Revolution nicht unbedingt abgelehnt haben, jedoch stark auf die Wahrung ihrer Interessen und ihres sozialen Status‘ bedacht sind. Al-Maṣriyyīn al-Aḥrār fiel wiederholt durch ihre ambivalente Haltung gegenüber ehemaligen Mitgliedern der NDP auf⁴² und der Großteil der auf

³⁹ Die Website der Partei enthält mehrere Grundsatzserklärungen, vgl. <http://www.almasreyeenalahrār.org/Home.aspx>.

⁴⁰ Der Sāwīris-Klan besteht aus Najīb Sāwīris zusammen mit seinen Brüdern Nāṣif und Sāmīh. Sie kontrollieren ein weitläufiges Imperium von Wirtschaftsinteressen in den Bereichen der Telekommunikation, der Bauwirtschaft und des Tourismus. Beobachter sehen Sāwīris als Verbündeten des ehemaligen Geheimdienstchefs ‘Umar Sulaimān und vermuten dass Sāwīris seine Strategien noch immer mit den Sicherheitskräften koordiniert (Interview des Autors mit Hāla Mustafā, 26. April 2011).

⁴¹ Vgl. seine Webseite auf <http://www.khaledbichara.com/>.

⁴² Vgl. al-Ahram Online ‚31 members resign from Free Egyptians Party,‘ 16. Juni 2011, <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/14426/Egypt/Politics/-members-resign-from-Free-Egyptians-Party.aspx> und al-Ahram Online ‚Free Egyptians apologises [sic!] for NDP-linked parliamentary candidate,‘ 11. Dezember 2011, <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/33/100/29037/Elections-/News/Free-Egyptians-apologises-for-NDPlinked-parliament.aspx>.

der Liste von al-Kutla gewählten ehemaligen Funktionsträger der NDP traten auf den Listen dieser Partei an.

Die Sozialdemokratische Partei (*Hizb al-Maṣrī al-Dīmūqrāfī al-Ijtimā'ī*, SDP) ist zur Linken von al-Maṣriyyīn al-Aḥrār einzuordnen und entstand im Gegensatz zu dieser Gruppe aus dem Kontext der Protestbewegung. Die Wurzeln dieser Partei liegen hauptsächlich in der Sphäre von politischen Aktivisten aus der Mittelklasse die vor die Revolte in Menschenrechtsarbeit und intellektuellen Zirkeln aktiv waren.⁴³ In ihrer Selbstdarstellung beschreibt sich die Partei als eine post-ideologische, programmatische Partei die sich für eine Verbindung von linken und liberalen Zielen einsetzt und daher der Mitte des politischen Spektrums zuzurechnen ist.⁴⁴ Die Gründung der SDP wurde zunächst am 29. März 2011 von 'Amr Ḥamzāwī, Politikwissenschaftler am Carnegie Endowment for International Peace, verkündet und die Gruppierung zählt Persönlichkeiten wie Medizinprofessor Muḥammad Abu al-Ghār, Wirtschaftswissenschaftler Ḥāzīm al-Biblāwī und Publizist Farīd Zahrān zu ihren Mitgliedern.⁴⁵ Ḥamzāwī selbst verließ die Partei im Streit um ein Parteidokument welches das gewaltsame Vorgehen des Militärs gegen Demonstranten am 9. April 2011 verurteilte.⁴⁶ Die Partei wurde am 3. Juni 2011 durch das Komitee für politische Parteien registriert und verfügt über relativ gute Verbindungen zu Aktivisten der Revolte. Der Aufbau von engen Verbindungen zu anderen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere der Arbeiterbewegung, ist jedoch eine zentrale Herausforderung. Im Rahmen des Wahlbündnisses mit der Tajammu' und al-Maṣriyyīn al-Aḥrār stellte die SDP 40% der Kandidaten.

Die Konstruktionslogik des ägyptischen Blocks folgt klar der religiösen Konfliktlinie. Bezüglich wirtschafts(ordnungs)politischer Fragestellungen bestehen innerhalb der Koalition Spannungen zwischen etatistischen (Tajammu'), gemäßigt linken (SDP) und wirtschaftsliberalen (al-Maṣriyyīn al-Aḥrār) Positionen; zudem umfasst die Koalition eine ehemals loyale Oppositionspartei (Tajammu'), eine Vertreterin elitärer Interessen (al-Maṣriyyīn al-Aḥrār) und eine Partei der Protestbewegung (SDP) und ist daher auch bezüglich der progressiv-konservativen Konfliktlinie

⁴³ Interviews des Autors mit Sāmīr Sulaimān, 27. April 2011, Zīād al-'Alīmī, 28. April 2011, Farīd Zahrān, 28. April 2011, und Sally Samy, 3. Mai 2011.

⁴⁴ Vgl. die Parteiprinzipien auf http://www.egysdp.com/index.php?option=com_content&view=article&id=206&Itemid=30.

⁴⁵ Vgl. al-Masry al-Yaum, 'Amr Hamzawy announces formation of new party,' 30. März 2011, <http://www.almasryalyoum.com/node/380657>.

⁴⁶ Vgl. al-Ahram online, 'Hamzawy resigns from party over statement on military,' 12 April 2011, <http://english.ahram.org.eg/News/9844.aspx>. Inzwischen hat Ḥamzāwī die Gründung einer eigenen liberalen Partei verkündet, *Maṣr al-Hurriyya*, vgl. al-Ahram online, 'Political star Hamzawy founds his own party,' 16. Mai 2011, <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/12273/Egypt/Politics-/Political-star-Hamzawy-founds-his-own-party.aspx>. Diese Partei war Teil der Koalition *al-Thawra al-Mustamirra*.

uneinheitlich. Einigendes Moment der Kutla ist vielmehr die gemeinsame Opposition gegen religiöse Kräfte und hier insbesondere die Bruderschaft.

Das progressive Spektrum: Die andauernde Revolution

Die Konstruktionslogik des ägyptischen Blocks auf der liberalen Seite findet ihr Gegenstück auf der progressiven Seite in einer zweiten Koalition, *al-Thawra al-Mustamirra* (die andauernde Revolution). Die Koalition gewann zwar nur etwa 2,5% der Sitze, ist aber aufgrund ihrer Zusammensetzung und ihrer Verankerung in der Protestbewegung ein interessanter Akteur. Die Koalition umfasst mehrere linke Parteien wie *al-Taḥāluf al-Sha‘bī al-Ishtirākī* (Sozialistische Volksallianz) oder *Ḥizb al-Ishtirākī* (Sozialistische Partei), aber auch eher liberale Parteien wie die von ‘Amr Ḥamzāwī gegründete *Maṣr al-Ḥurriyya* (Ägypten der Freiheit) und die Partei der jungen Muslimbrüder, *al-Tayyār al-Maṣrī* (die ägyptische Strömung). Vervollständigt wird dieses Spektrum der pro-revolutionären Kräfte durch die Mitgliedschaft der Koalition der revolutionären Jugend (*I’tilāf Shabāb al-Thawra*). Die Koalition der andauernden Revolution vereint also religiöse mit radikal-säkularen Kräften und weist auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht kein einheitliches Programm auf. Vielmehr ist das einigende Moment eindeutig die Opposition gegen als konterrevolutionär wahrgenommene politische Akteure.

Zur Linken der Sozialdemokraten ist *al-Taḥāluf al-Sha‘bī al-Ishtirākī* (Sozialistische Volksallianz) eine der bedeutenderen Gruppen. Die Gruppierung setzt sich hauptsächlich aus linken Aktivisten zusammen, die in der vorrevolutionären Zeit mit den Revolutionären Sozialisten oder dem Zentrum für Sozialistische Studien (*Markaz li-l-Dirāsāt al-Ishtirākī*) affiliert gewesen waren. Hinzu kommt eine beträchtliche Zahl von ehemaligen Mitgliedern der Tajammu‘ welche dieser Partei aus Frustration über den Führungsstil von Präsident Rifa‘t al-Sa‘īd und über die Rolle der Partei unter dem Regime Mubaraks den Rücken gekehrt hatten.⁴⁷ Ein weiterer wichtiger Akteur in der andauernden Revolution ist *al-Tayyār al-Maṣrī* (die ägyptische Strömung). Diese Partei entstand aus Konflikten innerhalb der Muslimbruderschaft zwischen jüngeren Aktivisten auf der einen Seite und der Führungsebene der Bruderschaft und ihrer Partei auf der anderen Seite. Junge MB-Aktivisten hatten – trotz der skeptischen Position der ‚Mutterorganisation‘ – von Beginn an eine wichtige Rolle in der Organisation der Proteste zum 25. Januar gespielt. In der Folge der erfolgreichen Revolte entwickelte sich schließlich ein Konflikt zwischen solchen jungen Aktivisten und älteren Führern der Bruderschaft. Zwei Problembereiche standen hier im Mittelpunkt: die Strategie der Protestbewegung nach der Revolte und insbesondere die Teilnahme der MB-Jugend an andauernden Protesten, sowie das Vorgehen der MB bei der

⁴⁷ Interviews des Autors mit Tāmīr Wajīh, 7. Mai 2011 und Ilhām ‘Īdārūs, 9. Mai 2011.

Gründung der FGP.⁴⁸ Die unabhängige Vorgehensweise der jungen Aktivisten in ihrer fortgesetzten Kooperation mit anderen Akteuren aus verschiedenen Bereichen des ideologischen Spektrums führte schließlich zum Ausschluss einiger junger MB-Aktivisten aus der Bewegung. Diese Gruppe gehört gemeinsam mit Aktivisten der Jugend des 6. April zum Kern der Gründer von al-Tayyār.

Ergebnisse

Nimmt man die oben skizzierte Konfiguration der politischen Landschaft als Grundlage, so entsteht angesichts der Ergebnisse der Parlamentswahlen ein Bild der Polarisierung anhand der religiösen Konfliktlinie welche alle anderen möglichen Polarisierungsszenarien überschattete. In Tabelle 1 sind die Ergebnisse der Wahlen angegeben. Das religiöse Lager bestehend aus FGP und al-Nūr kommt danach auf etwa 70% der Sitze. Das liberale Lager ist mit 7% für den ägyptischen Block abgeschlagen auf Platz drei, noch hinter der Wafd mit 9%. Die Wafd selbst steht zwischen den beiden Lagern. Zwar verließ sie ihre ursprüngliche Koalition mit der FGP, allerdings positionierte sie sich nicht gegen den religiösen Block und nahm unmittelbar nach den Wahlen Verhandlungen mit der FGP auf.⁴⁹ Die Wafd vertritt einen Sektor der traditionellen ägyptischen Oberschicht, ein Umstand der sich auch in der Aufnahme ehemaliger NDP-Vertreter auf ihre Wahllisten äußerte welche knapp 10% der gewählten Wafd-Abgeordneten ausmachen. Alle weiteren Kräfte, unter ihnen auch die andauernde Revolution und verschiedene NDP-Nachfolger kamen auf zwischen einem und elf Sitzen und spielen damit keine bedeutende Rolle. Revolutionäre Aktivisten sind damit lediglich durch einzelne Persönlichkeiten – wie etwa Ziād al-‘Alīmī (SDP Listenmandat in Kairo) oder Muṣṭafa al-Najjār (Direktmandat in Kairo) – vertreten, nicht aber in Form einer organisierten politischen Kraft. Die Gefahr einer Marginalisierung revolutionärer Aktivisten wird zudem dadurch erhöht, dass liberale Kräfte der Logik des religiösen Gegensatzes folgend zur Zusammenarbeit mit ehemaligen NDP-Vertretern bereit waren.

⁴⁸ Interview des Autors mit Muḥammad al-Qasas, führender Aktivist der MB-Jugend und Mitgründer von al-Tayyār, Kairo, 24. Mai 2011. Vgl. auch den Artikel über al-Qasas auf Jadaliyya.com, <http://www.jadaliyya.com/pages/index/3176/mohamed-al-qasas>.

⁴⁹ Vgl. al-Masry al-Yaum, ‘Wafd party mulls return to Muslim Brotherhood Coalition’ 14. Januar 2012, <http://www.almasryalyoum.com/en/node/600081>.

Tabelle 1: Parlamentswahlen 2011/2012⁵⁰

Partei	Liste		Direkt		Gesamt	
	Sitze		Sitze		Sitze	
FGP	126	37,95%	111	66,87%	237	47,59%
al-Nūr	92	27,71%	29	17,76%	121	24,30%
al-Wafd	39	11,75%	2	1,20%	41	8,23%
al-Kutla	33	9,94%	1	0,60%	34	6,83%
al-Islāḥ wa-l-Tanmīya	10	3,01%	1	0,60%	11	2,21%
al-Thawra	8	2,41%	1	0,60%	9	1,81%
al-Wasaṭ	7	2,11%	0	0%	7	1,41%
Maṣr al-Qawmī	5	1,51%	1	0,60%	6	1,20%
al-Ḥurriyya	4	1,20%	0	0%	4	0,80%
Andere	8	2,41%	4	1,20%	12	2,41%
Unabhängige	---	---	16	9,64%	16	3,21%
Gesamt	332	100,00%	166	100,00%	498	100,00%

Ein genauerer Blick auf die Ergebnisse ermöglicht zudem einige interessante Schlussfolgerungen. Zunächst einmal wird deutlich dass die FGP die Wahlen hauptsächlich über Direktkandidaten dominierte: Obwohl lediglich ein Drittel der Abgeordneten über die personalisierte Komponente bestimmt wurden, gewann die FGP hier 47% ihrer Mandate. In anderen Worten: die Erfolgsquote von Kandidaten der Bruderschaft war in der Direktwahl um den Faktor 1,8 höher als in der Listenkomponente, ein Verhältnis das so nur auf die FGP zutrifft, für alle anderen Parteien jedoch umgekehrt ist. Dies bestätigt in erster Linie dass die Bruderschaft wie keine andere Gruppe in Ägypten über ein landesweites Netzwerk verfügt, welches ihr ermöglichte lokale Unterstützung zu mobilisieren, wirft aber auch Fragen bezüglich des Verhältnisses zwischen ideologischer Anziehungskraft und personenbezogenen Faktoren in den Mobilisierungsstrategien der Bruderschaft auf welche durch weitere Forschung geklärt werden müssen.

Gleichzeitig dürfte der Erfolg von FGP und al-Nūr in der Direktwahlkomponente (gemeinsam erreichten die beiden Parteien etwa 84% der Direktmandate) ein wichtiger Faktor zur Erklärung der Niederlage alter Eliten sein. Während viele ehemalige NDP-Mitglieder über die Listen der NDP-Nachfolger, aber auch über die von *al-Islāḥ wa-l-Tanmīya*, al-

⁵⁰ Die hier angegebenen Ergebnisse beruhen auf eigenen Berechnungen nach den Wahlkreisergebnissen veröffentlicht auf www.elections2011.eg. Sie weichen in einigen Fällen von den durch die Hohe Wahlkommission am 21. Januar 2012 verkündeten Ergebnissen ab. Diese finden sich in al-Masry al-Yaum, *Al-‘alīa ta‘hun natā‘ij qawā‘im al-sha‘b... al-ḥurrīyya wa-l-‘adāla 127 maq‘adan wa-l-nūr 96 wa-l-kutla 33* [Hohe Wahlkommission verkündet Ergebnisse für Parlament: 127 Sitze für FGP, 96 für al-Nūr, 33 für al-Kutla]‘ 21. Januar 2012, <http://www.almasryalyoum.com/node/611851>.

Wafd und al-Kutla antraten, fand sich die Mehrzahl dieser Personen doch im personalisierten Segment. Offensichtlich gelang es in erster Linie den Muslimbrüdern, aber auch in geringerem Maße den Kandidaten der *Hizb al-Nūr*, den Einfluss dieser lokalen Eliten zu brechen so dass lediglich um die 5% der Direktmandate tatsächlich an ehemalige NDP-Funktionäre gingen.

Darüber hinaus lohnt ein Blick auf den Weg solcher alter Eliten ins Parlament: Während die stärkste NDP-Nachfolgepartei, die Nationale Partei Ägyptens (*Hizb Maṣr al-Qawmī*) auf lediglich sechs Sitze (1,2%) kam, fanden allein auf der Liste der nicht als NDP-Nachfolger gegründeten Partei für Reform und Entwicklung (*Hizb al-Islāh wa-l-Tanmīya*) acht ehemalige Funktionsträger der NDP ihren Weg ins Parlament (rund 73% der erfolgreichen Kandidaten dieser Partei). Insgesamt sind fast 20% der neugewählten Abgeordneten der drei stärksten nicht-religiösen Parteien oder Bündnisse (al-Wafd, al-Kutla und *al-Islāh wa-l-Tanmīya*) ehemalige Abgeordnete oder Kandidaten der NDP. Bezüglich des Erfolges alter Eliten bestehen zudem massive regionale Unterschiede. Der Anteil solcher Abgeordneter im Listensegment rangiert zwischen 0 und 33% mit einem Durchschnittswert von etwa 10%. Überdurchschnittlich stark waren alte Eliten in den sogenannten „Grenzgouvernoraten“ (mit der Ausnahme von Maṭrūḥ) mit einem Durchschnittswert von 25% (im Vergleich zu 6,9% in den übrigen Gouvernoraten), überdurchschnittlich schwach hingegen in den urbanen Zentren (keine Listenplätze).

Das liberale Parteienbündnis al-Kutla hingegen kam in urbanen Zentren wie Kairo, Alexandria und Suez (aber nicht Port Said) auf überdurchschnittlich gute Ergebnisse (17,5% im Gegensatz zu nur 7,2 in den übrigen Gouvernoraten), gewann aber nahezu ausschließlich Listensitze. Letzteres trifft in ähnlichem Maße auch auf andere nicht-religiöse Gruppierungen zu: lediglich 24 Direktmandate gingen weder an die FGP noch al-Nūr und ein Drittel dieser Sitze entfielen auf ehemalige NDP-Funktionäre.

Zusammenfassend können zwei Ergebnisse festgehalten werden: Die religiöse Polarisierung überlagerte sowohl die sozioökonomische wie die progressiv-konservative Konfliktlinie. Resultat dieser einseitigen Polarisierung ist ein liberaler Block dessen einziger gemeinsamer Nenner die Opposition gegen religiöse Kräfte ist, der darüber hinaus aber aus ehemaligen NDP-Mitgliedern wie revolutionären Aktivisten besteht und das ganze Spektrum politischer Positionen vom neoliberalen zum sozialistischen Ende umfasst. Zweitens ist die relative Zurückdrängung alter Eliten zu konstatieren, ein Ergebnis das hauptsächlich auf den Erfolg der Muslimbrüder und in geringerem Maße auch der Salafisten zurückzuführen ist. Ob sich dieses Ergebnis verstetigen wird ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht absehbar; sicher scheint jedoch dass trotz aller Probleme die Rückkehr NDP-treuer Eliten ins Parlament abgewendet wurde.

Ausblick

Welche Perspektiven eröffnet dieses Ergebnis für die zukünftige Regimeentwicklung in Ägypten? Zunächst muss festgehalten werden dass das neue Parlament weder eindeutig pro- noch eindeutig konterrevolutionär ist. Der Wahlsieg des islamistischen Lagers verhinderte zwar die Rückkehr alter Eliten weitgehend, allerdings führte die Dominanz der religiösen Konfliktlinie auch zur Gefahr der Marginalisierung revolutionärer Kräfte. Bezüglich der weiteren Regimeentwicklung wird daher den Muslimbrüdern eine zentrale Rolle zufallen.

Im Wesentlichen sind zwei grundsätzlich unterschiedliche Szenarien denkbar, ein strategisches Bündnis von Teilen der islamistischen Bewegung Ägyptens mit dem Militär oder die Zuspitzung des Gegensatzes zwischen Militär und islamistischer Parlamentsmehrheit im Zuge des Verfassungsgebungsprozesses. Während ein Bündnis zwischen der Bruderschaft und dem Militär die Aussichten auf die Etablierung einer liberalen Demokratie stark einschränken würde, könnte ein solches Szenario durchaus zur Beruhigung der Lage beitragen. Dies hängt insbesondere davon ab ob es gelingt, Teile der revolutionären Bewegung zur Unterstützung einer auf einem solchen Bündnis beruhenden Ordnung, oder zumindest zur Demobilisierung zu bewegen. Das zweite Szenario sähe die islamistische Parlamentsmehrheit als Verteidiger der Rolle des Parlaments im Verfassungsgebungsprozess und letztlich als Fürsprecher ziviler Kontrolle über das Militär. Zwar wäre auch unter solchen Vorzeichen kurz- und mittelfristig mit einer hervorgehobenen Rolle des Militärs zu rechnen, eine entsprechende Verfassungsarchitektur könnte jedoch langfristig zur Etablierung ziviler Kontrolle beitragen. Ob ein solcher Konflikt zwischen Militär und islamistischer Bewegung zur offenen Konfrontation eskaliert oder ob das Militär seine stückweise Zurückdrängung akzeptiert, wird von der Strategie der Bruderschaft abhängen. Diese müsste eine Balance herstellen zwischen den Interessen des Militärs und den Anliegen revolutionärer Aktivisten welche zur Demobilisierung der Protestbewegungen beitragen würde, ohne jedoch in eine aus Sicht des Militärs zu radikale Lösung zu verfallen.

Literatur

- Ahmed, Amel 2011: „Revolutionary Blind-Spots: The Politics of Electoral System Choice and the Egyptian Transition,“ *Middle East Law and Governance*, 3, 1-2, S. 3-12.
- Albrecht, Holger und Dina Bishara 2011: „Back on Horseback: The Military and Political Transformation in Egypt,“ *Middle East Law and Governance*, 3, 1-2, S. 13-23.
- Anderson, Lisa 2011: „Demystifying the Arab Spring,“ *Foreign Affairs*, 90, 3, S. 2-7.
- Beinin, Joel 2011. „A Workers' Social Movement on the Margin of the Global Neoliberal Order, Egypt 2004-2009,“ in: Beinin, Joel und Frédéric Vairel (Hg.): *Social Movements, Mobilization, and Contestation in the Middle East and North Africa*, (Stanford: Stanford University Press), S. 181-202.
- Blaydes, Lisa 2010: *Competition Without Democracy: Elections and Distributive Politics in Mubarak's Egypt*, (Cambridge, New York: Cambridge University Press).
- Browers, Michaelle 2007: „The Egyptian Movement for Change: Intellectual Antecedents and Generational Conflicts,“ *Contemporary Islam*, 1, 1, S. 69-88.
- Cooper, Mark N. 1982: *The Transformation of Egypt*, (London: Croom Helm).
- Gause, F. Gregory 2011: „Why Middle East Studies Missed the Arab Spring: The Myth of Authoritarian Stability,“ *Foreign Affairs*, 90, 4, S.
- Hibou, Béatrice 2011: *The Force of Obedience: The Political Economy of Repression in Tunisia*, (Cambridge: Polity).
- Koehler, Kevin 2008: „Authoritarian Elections in Egypt: Formal Institutions and Informal Mechanisms of Rule,“ *Democratization*, 15, 5, S. 974-990.
- Koehler, Kevin und Jana Warkotsch 2009: „The Politics of Protest Mobilization in Egypt,“ Tenth Mediterranean Social and Political Research Meeting, Florence & Montecatini Terme 25-28 March 2009, organized by the Mediterranean Programme of the Robert Schuman Centre for Advanced Studies at the European University Institute.
- Lancaster, Thomas D. 1986: „Electoral Structures and Pork Barrel Politics,“ *International Political Science Review*, 7, 1, S. 67-81.
- Lust, Ellen 2009: „Competitive Clientelism in the Middle East,“ *Journal of Democracy*, 20, 3, S. 122-135.
- Oweidat, Nadia, Cheryl Bernard, Dale Stahl, Walid Kildani, Edward O'Connell und Audra K. Grant 2008: *The Kefaya Movement: A Case Study of a Grassroots Reform Initiative*, (Santa Monica: Rand Corporation).

- Pawelka, Peter 1985: *Herrschaft und Entwicklung im Nahen Osten: Ägypten* [Rule and Development in the Middle East: Egypt], (Heidelberg: C.F. Müller).
- Richards, Alan und John Waterbury 1996: *A Political Economy of the Middle East*, (Boulder, Colo: Westview Press).
- Roll, Stephan 2010: „‘Finance Matters!’ The Influence of Financial Sector Reforms on the Development of the Entrepreneurial Elite in Egypt,“ *Mediterranean Politics*, 15, 3, S. 349 - 370.
- Shehata, Dina 2011: „The Fall of the Pharaoh,“ *Foreign Affairs*, 90, 3, S.
- Stinchcombe, Arthur L 1965. „Social Structure and Organizations,“ in: March, James G. (Hg.): *Handbook of Organizations*, (Chicago: Rand McNally & Co), S. 142-193.
- Waterbury, John 1983: *The Egypt of Nasser and Sadat: The Political Economy of two Regimes*, (Princeton: Princeton University Press).